

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur**

Band (Jahr): **1 (1921-1922)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Politische Rundschau.

Schweizerische und europäische Umschau.

Die Zeitungen gedachten des 16. Mai 1920, des Tages, da das Volk und die Stände der Eidgenossenschaft den Beitritt zum Völkerbund beschlossen. Die lebhaft gewordene Opposition gegen den gegenwärtigen Kurs der Schweizerischen Außenpolitik nötigte die Verteidiger jeder bundesrätlichen Politik sowohl wie diejenigen Publizisten, die erst seit dem 16. Mai 1920 mit dem Bundesrat einig gehen, zu Leitartikeln. Man beschwor die Leser, doch ja nicht wankend zu werden im Glauben an die endliche Erfüllung der verheißenen Tage, zu denen uns der neue westliche Kurs führen sollte.

Es ist nun gewiß auch von einem Gegner des Versailler Völkerbundes unflug, seine Opposition mit der vorläufigen Untätigkeit der Allianz zu begründen, mit ihrer vollständigen Inaktivität auf dem Gebiet der Pazifikation Europas. Man könnte sich ja schließlich vorstellen, daß diese Wirksamkeit der Société des Nations mit zunehmendem Alter noch an den Tag treten würde. Aber der Völkerbund hat sein Ziel gar nicht nach dieser Richtung hin gesteckt: es kann sich heute niemand mehr der Einsicht verschließen, daß er die Politik, die Geschäfte der Entente besorgen muß, wenn er als ein Machtfaktor weiter existieren will. Wir würden uns hier mit dem Völkerbund nicht beschäftigen, wenn er heute noch unwirksam wäre, wenn er erst in Zukunft zu einem Faktor der internationalen Politik würde. Aber heute ist der Völkerbund bereits ein Machtfaktor, er ist ein Instrument der Entente, und in der Weltpolitik fragt es sich nur, ob Frankreich oder England sich seiner vorzugsweise bedienen werden. Auf dem europäischen Festland steht er zur Verfügung Frankreichs: heute im Saarland, in Danzig und für Deutsch-österreich, morgen vielleicht in Oberschlesien, übermorgen im Ruhrgebiet. Frankreich hat sich im Völkerbund eine Organisation des internationalen Rechtes geschaffen, die es benutzen will, um seine Hegemonie in Europa aufrecht zu erhalten. Neben den „Randstaaten“, die Deutschland umgeben, und die zum Zwecke der Niederhaltung der niedergebrochenen mitteleuropäischen Macht und zu ihrem eigenen Schutze durch eine Reihe von Militärabkommen mit Frankreich verbunden sind, werden durch den Völkerbund auch die fernerstehenden Kriegsverbündeten Frankreichs und die Neutralen an das Interesse der französischen Macht gefesselt: durch die gegenseitige Gewährleistung des Besitzstandes.

Die europäische und asiatische Staatenwelt lebt schon heute in einer Atmosphäre gesteigerter Konfliktmöglichkeiten. Der Zündstoff liegt bereit, um die Welt in Brand zu setzen. Das gesteigerte Selbstgefühl der Völker erträgt Vergewaltigungen noch schlechter als vor hundert Jahren. Und es ist vorsichtige Schweizerpolitik, sich nicht so weit in die Händel einzulassen, daß wir eines Tages an der Front stehen, die gegen die Freiheit kämpft.

* * *

Der hundertste Geburtstag von Jakob Stämpfli, des großen bernischen und Schweizerischen Staatsmannes, wurde an Pfingsten im bernischen Seeland unter großer Beteiligung gefeiert. Wie das so üblich ist, wurden Magistratsreden

gehalten. Nationalrat Minger, von der Bauern- und Bürgerpartei, feierte Stämpfli als den Bauernsproß; er forderte die anwesende akademische Jungmannschaft auf, die Leiden und Freuden des Landvolkes kennen zu lernen. Mit Recht wandte sich Minger gegen den törichten Wahn junger und alter Akademiker, bei denen der „satisfaktionsfähige“ Mann erst mit der Maturität beginnt. Bundespräsident Schultheß fand warme Worte für die entschlossene Weiterführung der Sozialpolitik, er wandte sich unmißverständlich gegen die heute Morgenluft witternden Gegner aller staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben; gerade heute dürfe der Staat nicht abdanken vor den illoyalen Gewalten, die aus dem Wirtschaftsleben heraus auf die Landespolitik, ähnlich wie zu Stämpflis Zeiten, einen schädlichen Einfluß zu gewinnen suchen. Auf die äußere Politik übergehend, verlangte Schultheß eine starke Armee zum Schutz unserer Unabhängigkeit, denn noch sei die Zeit des Weltfriedens nicht gekommen. Der Bundespräsident postulierte die Notwendigkeit einer rein schweizerischen Politik, die nur nach den Interessen des Landes sich orientiere. Die Rede des Herrn Schultheß ist ein erfreuliches Bekenntnis zu unserem Programm: national und sozial! Wie sich diese rein schweizerische Politik mit der Aufopferungs- und Menschheitspolitik, mit der „Politik der Sympathien und des Brotes“, wie sie Herr Motta einst empfohlen hat, vereinigen läßt, ist vorerst Sache des Bundesrates. Herr Schultheß hätte allerdings in seiner Rede, als er die Außenpolitik des Bundesrates Stämpfli berührte, nicht vergessen sollen, daß zu Stämpfli's Zeiten die oberste Landesbehörde, die Bundesversammlung, Lenkerin auch der äußern Politik war und damals eine bundesrätliche Geheimdiplomatie unmöglich gewesen wäre. Daß dem heute anders geworden ist, daran trägt natürlich die Bundesversammlung selbst die allergrößte Schuld. Regierungs- und Nationalrat Lohner pries Stämpfli als den mannhaften Verteidiger schweizerischer Rechte gegenüber dem Auslande, so namentlich gegenüber Frankreich im Savoyerhandel von 1860. (Als Referent der nationalrätlichen Kommissionsmehrheit hatte Herr Lohner im Winter 1919 die Aufgabe dieser nämlichen von Stämpfli so hartnäckig verteidigten Rechte empfohlen, und der Nationalrat verzichtete unter seiner Führung im Jahre 1919 nach einer sehr oberflächlichen Beratung und nachdem er sich über alle Warnungen hinweggesetzt hatte, auf das Besetzungsrecht von Hochsavoyen.)

* * *

Der Bundesrat hat in der Frage der freien Zonen, der wirtschaftlichen Servitute auf hochsavoyische Gebiete und Teile des Pays de Gex, am 22. April eine aner kennenswert kräftige Note nach Paris geschickt, und die französische Regierung erklärte sich hierauf am 11. Mai bereit, nochmals die Verhandlungen aufzunehmen, nachdem sie im April jede weitere Diskussion abgelehnt hatte. Leider verzichtet bis heute der Bundesrat auch diesmal darauf, dem Volke die ganze französische Antwortnote zur Kenntnis zu bringen. In der offiziellen schweizerischen Mitteilung wird lediglich der Abschnitt der französischen Note publiziert, der nach der Meinung des Bundesrates die „Schlußfolgerungen“ enthält. Wir unsererseits verzichten hier darauf, die Schlußfolgerungen aus dieser Fortsetzung der Geheimdiplomatie zu ziehen. Auf alle Fälle vermindert diese nicht das Mißtrauen, mit dem leider die Außenpolitik unserer Obrigkeit nach wie vor beobachtet werden muß.

* * *

Die wirtschaftliche Krisis in unserem Lande, wie diejenige aller europäischen Länder, eine Folge des Krieges, seines Ausganges und des Friedensvertrages, dauert an. Immer deutlicher erkennen wir, daß einzelne unserer Industrien um ihre Weiterexistenz kämpfen. Mitten in dieser Krisis werden die ersten Schüsse der Schlacht gewechselt, die um die Revision des Zolltarifs geschlagen werden wird. Der Bauernsekretär Dr. Laur hat bereits Stellung bezogen und verlangt, gestützt auf die Erfahrungen der Kriegszeit, verstärkten Zollschutz für die Landwirtschaft. Mit aller Energie wendet er sich ferner gegen das Bestreben der Industriellen, den Preisabbau ihrer Produkte auf Kosten der Landwirtschaft durchzuführen. Unsere Export-Industrie kann nur dann mit den valutastarken und zum Teil dazu noch roh- und hilfsstoffreichen Ländern konkurrieren, wenn sie billiger produzieren kann. Sie ist hinsichtlich der Rohstoffe und der Hilfsstoffe (Kohlen) vorwiegend auf das Ausland angewiesen, das Ausland diktiert die Preise, wobei allerdings bemerkt werden muß, daß die hohe Valuta hier der Industrie unseres Landes zu Hilfe kommt. Sie glaubt deshalb, nur bei den Löhnen der Arbeiter abbauen zu können, wenn sie billiger produzieren will. Da sie gegenüber ihren Arbeitnehmern wohl oder übel zugeben muß, daß die heutigen Löhne knapp der seit 1914 eingetretenen Teuerung entsprechen, verweist sie auf die absolute Notwendigkeit, die Lebensmittelpreise herunterzusetzen. Sie möchte deshalb für Lebensmittel die Grenze öffnen, denn mit den Valutawaren auf dem Gebiete der Urproduktion ist für die schweizerischen Urprodukte bei Beibehaltung der jetzigen Preise jede Konkurrenz ausgeschlossen. Die Bauern setzen sich zur Wehr. Mit Recht wird von ihnen darauf hingewiesen, daß unser Staat nur aufrecht erhalten werden kann, wenn ein kräftiger Bauernstand weiterbesteht. Wie die Industrie, so kann auch die Landwirtschaft auf einen Aufschwung des Exportes in der nächsten Zeit — aus Gründen der zerstörten Valuta vieler Länder — nicht rechnen. Schon heute haben die Senkung der Lebensmittel- und die übersehten Bodenpreise, wie letztere während der Kriegszeit von der Landwirtschaft gezahlt wurden, die Kleinbauern hier und da in eine mißliche Lage gebracht. — Viele Industrien wären, ohne an die Opferwilligkeit der Bauernsamen zu appellieren, heute noch fähig, durch einen Profitabbau einen Preisabbau zu ermöglichen und eine Stocung im Absatz ihrer Waren zu überwinden. Auch hat Laur Recht, wenn er von Industrien spricht, die nicht mehr existenzberechtigt sind. Wir müssen uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß einige unserer sogenannten Luxusindustrien hoffnungslos darniederliegen. Die inländische Kundschaft dieser Exportindustrien, soweit eine solche überhaupt besteht, vermag diese nicht aufrecht zu erhalten. Die Kundschaft im Auslande aber ist durch die Valuta verhindert, bei uns zu kaufen oder sie ist durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch beseitigt worden. Wo sie noch besteht und die Valuta keine Hindernisse in den Weg legt, wird sie von Staatswegen gezwungen, im eigenen oder in einem enger befreundeten Land zu kaufen, oder endlich wird der Export schweizerischer Industrieprodukte nach fernern Abnahmeländern (Uebersee) durch Transitzollschwerungen aller Art (Transitzölle und Verbote, Frankreich und die Stickerien) verunmöglicht. Wenn nun Laur den Arbeitslosen dieser Industrien den Rat gibt, auszuwandern, so mag dies auf den ersten Blick hart erscheinen. Notwendigkeiten sind indessen vielfach hart. Wir haben durch eine lange Praxis die Einwanderung fremder Elemente gefördert, wir haben zu spät — oder vielleicht noch gar nicht — eingesehen, daß wir schon längst zielbewußte

Bevölkerungs- und Siedlungspolitik hätten treiben sollen; heute bleibt uns vielleicht nichts anderes übrig, als die Eisenbartkur einer staatlich organisierten Auswanderung vorzunehmen. Die Emigration muß allerdings nach den Interessen des Staates erfolgen. Die Städte müssen entleert werden. Bei der wilden Auswanderung, wie sie heute besteht, wandert der Kleinbäuerliche Bergbewohner aus, derjenige Eidgenosse, der eigentlich die Traditionen unseres Staates hegt und pflegt, der geborene Soldat der Republik.

Wir müssen also bis zu einem gewissen Grade die Forderungen der Bauern anerkennen, wie sie heute gestellt und in der Presse verfochten werden. Die Bauernführer dürfen aber nicht in den Fehler verfallen, reine Klassenkampfpolitik zu treiben. Auch die Bauern müssen mithelfen, damit alle Arbeitenden im Vaterland ihr Bäckchen auf sich nehmen. Sie müssen sich drein schicken, daß die fetten Jahre auch für sie vorbei sind. Gerade in diesen Fragen der Wirtschaftspolitik zeigt es sich, daß Schultheß Recht hat: der Staat darf nicht abdanken. Er muß über den streitenden Wirtschaftsgruppen denjenigen Weg gehen, den ihm sein Interesse weist. Bei dieser Gelegenheit möchten wir wünschen, daß in der Frage des Getreidemonopols die Sicherung der Landesversorgung, die Erhaltung des inländischen Getreidebaues und eine relative Wohlfeilheit des Brotes den Ausschlag gibt und nicht die Doktrin vom freien Handel, die in Zeiten schweren staatlichen Existenzkampfes immer versagt hat.

* * *

Frankreich geht konsequent auf dem Wege zur Alleinherrschaft in Europa vorwärts. Saar- und Ruhrgebiet wird es bald zu seiner Verfügung haben, seinen getreuen Vasallen, den Polen, will es Oberschlesien zuhalten. Eine französische Hegemonie auf dem festländischen Europa geht den Engländern früher oder später an's Lebendige. Zum ersten Male hat Lloyd George unverblümt den Franzosen in seiner am 14. Mai im Unterhaus gehaltenen Rede ein Halt zugerufen. Wenn England nicht mit trischen, indischen, ägyptischen, syrischen, persischen, amerikanischen und japanischen Sorgen fast über seine Kraft bepackt wäre, so könnten wir zweifellos schon lange ein Einschwanken der englischen Regierung in die traditionelle Politik feststellen, die sich immer gegen die stärkste Festlandsmacht richtete. Großbritannien wird einmal Frankreich entgegentreten, denn Ruhr-, Saar- und Oberschlesische Kohlen im direkten oder indirekten Besitz Frankreichs gefährdet seine wirtschaftliche und somit auch seine politische Macht. Frankreich wird allmählich zum ärgern Gegner Englands, als das deutsche Reich es je war. Aber heute oder morgen ist nicht an ein französisch-englisches Zerwürfnis zu denken. Lloyd George wird vor Briand nochmals zurückweichen. Erst wenn Ereignis wird, was der englische Premierminister vorausgesehen hat und was alle, die die Freiheit lieben, ersehnen, wenn Rußland wiederum handelnd in der großen Politik auftritt und in einem konsolidierten Mittel- und Osteuropa die notwendigen Elemente zur Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichtes sich vorfinden, dann, erst dann wird England seine traditionelle Festlandspolitik konsequent durchführen können.

* * *

Wir begannen unsere Umschau mit dem Völkerbund. Da diese Allianz unsere äußere und somit, bei dem unlöslichen Zusammenhang mit ihr, auch unsere innere Politik bestimmt, so schließen wir diese Betrachtung mit der Allianz von Versailles.

Der Völkerbund übt sein Amt als Treuhänder des Saargebiets in vorzüglicher Weise aus, er ist ein folgsames, brauchbares Instrument Frankreichs. In

der Alandsfrage hat seine vorberatende Kommission beschlossen, dem Völkerbund zu beantragen, die Inseln von Aland Finnland zuzusprechen, obschon die Alandsbewohner, alles Schweden, sich einmütig für den Anschluß an Schweden ausgesprochen haben. Wie hier wiederum mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker umgesprungen wird, ist für uns nicht erstaunlich. Das Wort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker hat seine Rolle gespielt. Für die Entente und den Völkerbund ist es wichtiger, Finnland, den „Randstaat“, zu befriedigen, der verhüten soll, daß die Ostsee jemals wieder in die Einflußsphäre eines ententefeindlichen Staates gerät, als Schweden entgegenzukommen, welches durch seine Neutralität im Weltkriege bewiesen hat, daß ihm Ruhe über alles geht.

Daß nach wie vor die Politik durch die Interessen der Staaten allein bewegt wird, sollten wir auch in der Schweiz endlich begreifen, ehe es zu spät ist.

19. Mai 1921.

Hans Zoppi.

Deutscher Brief.

Die Wochen, die hinter uns liegen, bilden in der dunklen Geschichte des neuen Deutschland ein besonders düsteres Kapitel, weil die Unfähigkeit der Stellen, denen wir die Leitung unseres Geschicks anvertraut haben, mit erschütternder Deutlichkeit zutage trat: im Innern wie nach außen.

Wir stehen vor der schwersten außenpolitischen Belastung, die wir nach der Unterzeichnung des sogenannten Friedensvertrages durchgemacht haben. Der Mai mit seinen unbekanntem Schrecknissen ist da, die dadurch nicht geringer werden, daß die Frage der „Sanktionen“ vielleicht auf kurze Zeit hinausgeschoben ist. Und es ist der deutschen Regierung nicht möglich gewesen, ein klar umrissenes Programm und eine feste Stütze an allen Parteien, denen der Bestand des Reiches am Herzen liegt, zu finden.

Daß die Forderungen der Feinde, von Frankreich geführt, im Ernste erfüllbar wären, glaubt kein klar denkender Mensch, selbst in den Ententeländern nicht. Daß die Strafmaßnahmen selbsttätig auch jede Möglichkeit aufheben, in den uns gesteckten Grenzen unseren guten Willen auch mit der Tat zu beweisen, ist jedem Einsichtigen klar.

Die Behauptung, daß Deutschland den Willen, die ihm aufgezwungenen Wiedergutmachungen zu leisten, nicht habe, steht auf der gleichen Höhe wie die Erzählungen von den deutschen Greuelthaten während des Krieges. Der sogenannte Geist von 1914, den die Ententestaatsmänner an die Wand malten, ist wahrlich im neuen Deutschland nicht zu finden, sondern der hat sein Quartier in Paris und London aufgeschlagen. Dort geht Macht vor Recht, dort ist Chauvinismus und schrankenloser Imperialismus, dort kennt man nicht den Begriff europäischer Solidarität.

Die Forderungen der Franzosen sind so von aller Wirklichkeit losgelöst, daß man in Deutschland sich verwundert fragt, ob denn an den Staatsmännern der Entente die Erkenntnis spurlos vorübergegangen ist, daß durch die Tatsache der russischen und deutschen Revolution die ganze Weltpsychologie auf eine veränderte Grundlage gestellt ist und man die Schäden der Zeit mit den herkömmlichen Mitteln einer überalterten Diplomatie nicht heilen kann.

In Deutschland ist jeder maßgebende und einflußreiche Mann davon überzeugt, daß wir mit allem, was in unserer Macht steht, versuchen müssen, die Verpflichtungen, die uns der unglücklich verlaufene Krieg und die Rachsucht erbarmungsloser Sieger aufgedrungen haben, einzulösen. Zum Selbstmord und zur Selbstopferung aber dürfen wir uns von niemand zwingen lassen.

Das deutsche Volk hofft nicht auf fremde Hilfe und billigt die Form des Schrittes nicht, den die Regierung Fehrenbach in Washington tat. Das deutsche Volk weiß, daß seine Arbeitskraft und sein Fleiß die einzigen Güter sind, die dem furchtbar verarmten Reichshaushalt geblieben sind. Die will es einsetzen, ohne Vorbehalt, um seinen Teil an der Wiederaufrichtung Europas beizutragen. Das unzweideutig auszusprechen ist die Pflicht der Regierenden.

Wird dieser Wille verdächtigt, siegt drüben die Machtgier und Rachsucht über die europäische Vernunft: nun, dann bleibt für ein Volk, das noch Ehre im Leibe hat, nur ein Weg: der des Leidens. Dann müssen wir erklären: wir haben bis an die Grenze des Möglichen alles getan, ihr nehmt unsere Vorschläge nicht an und greift zur Gewalt. Wir sind wehrlos und müssen Gewalt dulden, aber ihr tut euer Unrecht im Angesicht der Welt, die über euch richten wird.

Aus dem Leiden, aus dem Opfer wächst neue Kraft und innere Sittlichkeit, wenn man das Opfer freiwillig und bewußt leistet. Unsere Staatsmänner mußten sich fragen: ist das deutsche Volk nach den Wirrnissen der Revolution sittlich wieder so weit gefestigt, daß ein schweres Leiden das Volk nur fester zur Einheit zusammenschweißen und ihm Würde im Ertragen geben wird? Wenn sie diese Frage bejahen, dann ist ihr Weg klar. Und sie müssen diese Frage bejahen, wenn anders sie überhaupt etwas von den starken geistigen und sittlichen Strömungen ahnen, die unter der Oberfläche durch das ganze Land gehen.

Aber es scheint nicht, als ob die leitenden Staatsmänner ihr Volk kannten, und darum ist die Krisis da, die sich jetzt so unheilvoll auswirkt.

Während des Krieges haben unsere Feinde bewiesen, daß sie sich meisterhaft auf die Psychologie des deutschen Volkes verstanden, als es galt mit ihrer Propaganda müde Stellen zu treffen. Das veränderte deutsche Volk mit seinem Ringen um neue geistige und seelische Werte und Inhalte verstehen sie nicht. Sie sind auf dem Wege, eine nationale Erbitterung in Deutschland auszulösen, deren Ausbruch furchtbar wäre

* * *

Während so außenpolitisch alles einer Entscheidung entgegendrängt, nicht nur über die deutsche, sondern über die europäische Zukunft, spielte sich in Preußen ein Vorgang ab, den man den Anfang vom Ende des deutschen Parlamentarismus nennen könnte. Das Schauspiel, das die Parteien bei der Regierungsbildung boten, ist so jämmerlich, daß man vor nicht deutschen Ohren es nicht erörtern mag. Angesichts der ungeheuren Gefahr, die dem Reiche droht, wo alles darauf ankam, dem größten Bundesstaat eine starke, einmütig unterstützte Regierung zu geben, wurde in der unwürdigsten Weise, besonders von der Mehrheitssozialdemokratie, ein Kuhhandel getrieben, für den nur parteitaktische, aber keine vaterländischen Rücksichten maßgebend waren. Der Unwille darüber ist bei den Wählern allgemein. Endlich ist ein Ministerium zustande gekommen, das sich auf das Zentrum und die in der Wahl dezimierten Demokraten stützt. Von der faulen Mitte sind wir zum Grundsatz der kleinsten Mitte gekommen.

Es ist sehr zu bedauern, daß der Ministerpräsident Stegerwald nicht die Entschlußkraft fand, seinem in Essen verkündeten Programm getreu, eine überparteiliche Regierung von Männern zu bilden, die nur ein Leitgesetz anerkennen: das Wohl des Vaterlandes.

So verhängnisvoll auch die Bildung der schwachen Regierung im gegenwärtigen Gefahrmoment ist, so müssen wir die Klärung doch begrüßen. Denn schlagender konnte das parlamentarisch-demokratische System seine Ungeeignetheit für Deutschland nicht beweisen. Die Anhänger der dem deutschen Wesen organischen berufsständischen Verfassung und die Feinde der fremden, undeutschen, westlichen Regierungsform gewinnen mächtig an Boden. Ihre besten Bundesgenossen sind die Parteigezeiten und Parteiunteroffiziere, die aus ihrer Verbohrtheit und Befangenheit nicht herauskönnen, und dadurch ganz wider ihren Willen zu Totengräbern des deutschen Parlamentarismus werden.

Auf dem Wege zur Selbstbesinnung ist der berufsständische Gedanke ein wesentlicher, notwendiger Schritt. Wir stehen ganz dicht vor dieser Stufe.

Mag außenpolitisch uns neue unerhörte Gewalt geschehen, wie der Goldraub, die Besetzung des Ruhrgebiets, der Hansestädte, Oberschlesiens, und innenpolitisch die Lage noch so verworren aussehen — auch das Feuer kommunistischen Aufruhrs glimmt unter der Asche weiter — wir sind voll Zuversicht, daß der deutsche Geist aus den neuen Leiden nur zielbewußter und kraftvoller seinen Weg einschlagen wird.

Abgeschlossen am 1. Mai.

Rudolf Bechel.

Elssässische Fragen.

Frankreich hat heute klar und unzweideutig sein Gesicht nach Osten gekehrt. Das Hauptstück seiner aktiven Politik ist die Rheinpolitik; der erste und wichtigste Schritt dazu das Wiedererfassung in Elsaß und Lothringen. Dieses Land ist als Anknüpfungspunkt gedacht für alles Weitere. Aber als solcher Anknüpfungspunkt muß dieses Stück auch fest und unverrückbar mit dem alten Frankreich verklammert und verbunden sein. Bei allen andern weiter ins Auge gefaßten Interessen und Macht-sphären am Rhein mit den dazu gehörigen Gebieten kann man sich mit loseren, lockerern Verbindungen begnügen; aber der elssässische und lothringische Haften muß fest sitzen als etwas von dem alten, festgefügtten, einheitlichen Frankreich kaum noch Unterscheidbares. Daher mußte alles Bemühen der französischen Politik darauf ausgehen, in möglichster Kürze diese vor 50 Jahren schier erreichte völlige Verschmelzung des Landes wieder in die Wege zu leiten, zum andernmal wirklich zu machen. Was hat Frankreich in dieser Beziehung nun erreicht, was läßt sich aus der Gestaltung der Dinge in Elsaß-Lothringen während dieser Periode für die künftige Entwicklung der Verhältnisse schließen? Die weiterreichenden Pläne der nationalen Politik des heutigen Frankreich werden nicht zum wenigsten vom Gelingen oder Mißlingen der von ihm in Elsaß-Lothringen verfolgten Bestrebungen mitbestimmt werden.

Man würde schwerlich die französische Stimmung bezüglich Elsaß-Lothringens erfassen, wenn man annähme, daß dieses die in Frankreich gehegten Erwartungen erfüllt. Es ist nicht zu leugnen, daß die Franzosen in mehr als einer Hinsicht enttäuscht sind über die von ihnen mit so viel Einsatz von Gut und Blut „erlösten“ Brüder, zudem sie aus dem Verhalten der Elssässer und Lothringer nach dem

Waffenstillstand glaubten schließen zu dürfen, in den wiedergewonnenen Provinzen völlig freie Bahn zu haben und nur wieder anfangen zu brauchen, wo sie 1870 aufgehört hatten. Sie bedachten nicht genug, daß die Zeiten inzwischen andere geworden waren und die Elsaß-Lothringer damit auch tiefgreifende innere Wandlungen erfahren hatten. Sie waren 1918 nicht mehr das politisch unmündige, passive Volk, das von einigen Notabeln gegängelt und geleitet wurde oder gut genug war, um diesen zur Befriedigung ehrgeiziger Bestrebungen die nötige Unterstützung zu bieten; es war ein Volk geworden, das intensiv Zeitung las, allen politischen Dingen, die das Land betrafen, das stärkste Interesse entgegenbrachte und ausgeprägte Neigungen, Gaben und Fähigkeiten in sich ausgebildet hatte, sich selbst an allen diesen Angelegenheiten zu beteiligen und sie in seinem Sinne zu regeln. Das Prinzip der Selbstverwaltung und Selbstregierung war doch in Wirklichkeit umgesetzt, wenn auch ideell noch manches dazu fehlte. War das elsass-lothringische Volk auch verfassungsgemäß nicht souverän, so übte es doch durch seine Volksvertretung den entscheidenden Einfluß auf den Gang der Dinge in der Heimat und war in der Lage, dem starken altdeutschen Beamtentum gegenüber im Landesparlament das stärkste Gegengewicht zu bieten, zumal noch zwei Einheimische in den letzten Jahren die obersten Stellen im elsass-lothringischen Staate inne hatten. Alles dies aber war dem Volk nicht in den Schoß gefallen, es war alles in zähem Ringen den maßgebenden Gewalten abgewonnen worden, das politische Elsaß-Lothringen war ein kämpfendes Elsaß-Lothringen geworden und diese seine politische Kampfnatur, in mindestens 30 Jahren ausgebildet, bekommt nun auch Frankreich zu spüren. Frankreich muß die Erfahrung machen, daß, zumal der „dickköpfige“ alemannische Elsässer, nichts gemein hat mit dem geduldigen, passiven, unpolitischen Bauern und Rentier Innerfrankreichs, der den von ihm Gewählten als seinen Beauftragten die Politik überläßt und im übrigen dem jeweiligen Gouvernement die Zuversicht entgegenbringt, daß es die Sache schon machen wird. Nein, da ist der Elsässer von ganz anderem Schlag: politisch wach, kritisch, mit nicht allzuvielen gouvernementalen Respektsgefühlen ausgestattet, gern zum Raisonnieren und Reklamieren aufgelegt. Was schon vor 1870 in keimhaften Ansätzen vorhanden war, das ist jetzt voll entwickelt: Oppositionsgeist, Frondestimmung auf Grund stärkster innenpolitischer Interessiertheit und Kampfesneigung infolge der Jahrzehnte lang besessenen selbständigen eigenstaatlichen Existenz. Das macht also den Elsässer heute wenig lenksam und gefügig.

Je mehr nun aber die Franzosen merken, daß die Elsässer und Lothringer doch ein recht schwieriges Völklein sind, desto mehr sind sie bemüht, das was in Elsaß-Lothringen zu machen ist, durch Innerfranzosen ausführen zu lassen. So wurde in den 2½ Jahren in zunehmendem Maße ein Strom von Beamten, von Lehrern in das Land gelassen, der immer noch im Wachsen begriffen ist. Kein Wunder, daß dies das Unbehagen mehrt, daß sich die Einheimischen über Zurücksetzung und Verdrängung beklagen. Diese Klagen bilden ständige Rubriken der elsässischen und lothringischen Presse. Man ist erbittert, daß selbst da, wo die Elsässer wegen ihrer Kenntnis der deutschen Sprache sollten herangezogen werden müssen, sie geistlich übergegangen werden. So werden für die elsass-lothringischen Bahnen deutschsprechende Innerfranzosen in der französischen Presse gesucht, für die neue Zolllinie am Rhein wurden ebenfalls die Zollbeamten in Elsaß-Lothringen von einheimischer Abkunft nicht berücksichtigt; es wird darauf hingewiesen, daß von

31 neulich vereidigten Beamten der Zollverwaltung auch nicht ein einheimischer war. Die Klagen aus dem Gebiete der Schulverwaltung lauten noch viel schärfer, da die Elsässer und Lothringer nahezu vollständig aus den aufsichtführenden Stellen beseitigt wurden.

Diese Tatsache, daß überall das Innerfranzosentum sich mittels einer sehr geschäftigen Kameraderie die fetten Posten gegenseitig zuschustert, bringt die Einheimischen um so mehr auf, als dieses eingewanderte Beamtenelement durch seine Qualifikation ihnen durchschnittlich nicht sehr imponiert. Der Elsässer hat das Gefühl der Ueberlegenheit, der sachlicheren Tüchtigkeit und wird in diesem seinem Selbstgefühl erst recht bestärkt, wenn er in so vielen Zweigen der Verwaltung und in öffentlichen Dienstzweigen die Hauptarbeit leistet, während der Franzose dafür die höhere Stellung und das größere Gehalt hat. Das was den Einheimischen in den Augen der Franzosen minderwertig macht, nämlich, daß noch zu viel „Böhistisches“ ihm anklebt, das empfindet er hinwiederum als seinen Vorzug, seine Stärke. Er weiß, was er durch die Festhaltung seines angestammten deutschen Wesens, seiner heimischen Sprache und durch die damit gegebene Möglichkeit der Beherrschung der deutschen Kulturwerte und Institutionen vor dem Franzosen und dessen eingeschränktem Blickfeld voraus hat. Was er als solche Ueberlegenheit fühlt, das möchte er um jeden Preis auch der künftigen Generation bewahren. Darum die Hartnäckigkeit, mit der man sich gegen die Unterdrückung des deutschen Sprachunterrichts in den Schulen auflehnt. Man möchte sich in seinem starken instinktiven Selbsterhaltungsdrang jedenfalls noch Quellen wahren, aus denen die von außen Gekommenen nicht zu schöpfen vermögen und damit sich stets einen gewissen geistigen Vorsprung sichern. Des Französischen getraut man sich schon so Herr zu werden, als es für das Fortkommen notwendig ist. So ist die Zweisprachigkeit heute das Ideal, das man in Elsaß-Lothringen mit Einmütigkeit dem Franzosentum gegenüber zur Geltung zu bringen sucht. Aber dort auf Seite des Franzosentums bringt man diesem Ideale der Elsässer und Lothringer wenig Verständnis entgegen. Es bleibt das Ziel: möglichst baldige Beseitigung des Deutschen überhaupt. Der Dialekt mag im Winkel noch sein Dasein fristen, nur aber kein Zugeständnis an die hochdeutsche Schriftsprache! Das dünkt den Regierenden eine gefährliche Bewahrung deutscher Traditionen, und man hat zu sehr Sorge vor der Wiederkehr der auf Elsaß-Lothringen gerichteten deutschen Wünsche, als daß man hier etwas duldet, was nach der französischen Auffassung diese deutschen Hoffnungen beleben und nähren könnte. Die Einheimischen sind natürlich wenig disponiert, den Franzosen in diesen Gedankengängen zu folgen und versteifen sich erst recht auf die Losung: Halte, was du hast, verliere nichts von deinem Erbe.

Zu diesem Erbe rechnet man vor allem auch die fortgeschrittenen deutschen Methoden und Einrichtungen, die Deutschland auf allen Gebieten, in allen Dienstzweigen hinterlassen hat. Die Franzosen haben anfangs so getan, als ob sie alles Gute den Elsässern belassen, ja womöglich es dann selbst in Innerfrankreich einführen wollten. Aber davon ist jetzt keine Rede mehr; vielmehr müssen die Elsässer sehen, wie eins ums andere in der Verwaltung, in der Rechtsprechung, im Beamtenwesen und in der Gemeindeordnung dem französischen Prinzip der Einheit und Uniformität geopfert wird.

So ist es auch kein Wunder, daß die regionalistische Idee, von deren Verwirklichung man sich in Elsaß-Lothringen so viel versprochen hat, heute unter dem

Innerfranzosentum, den maßgebenden Regierungsstellen in Straßburg und Paris, wenig Freunde hat. Nach deren Ansicht ist da schon viel zu viel zugegeben worden; es ist nach ihnen höchste Zeit, daß auch mit dem Eingeraumten Schluß gemacht wird, um die Assimilation und Verschmelzung der wiedergewonnenen Provinzen mit Frankreich nicht weiter aufzuhalten. Eine Regierung in Straßburg wie das Generalkommissariat, eine beratende Körperschaft wie der Conseil consultatif, ein Spezialbudget, ein besonderes einheimisches Beamtenkadre, elsäß-lothringische Eisenbahnen und gar eine besondere Kirchen- und Schulgesetzgebung sind nur geeignet, den separatistischen, autonomistischen Geist zu nähren, der noch in den Elässern steckt. Darum weg damit! So ist nach allem die Aufhebung des Generalkommissariats nur noch eine Frage der Zeit, die nach der gegenwärtig in Paris in Senatoren- und Abgeordnetenkreisen herrschenden Stimmung sehr nahe gerückt zu sein scheint.

Man drängt um so ungeduldiger auf Beseitigung des Regimes, das bisher doch noch einer relativen Eigenentwicklung in Elsaß-Lothringen Raum gelassen hat, als man hinter den Anwälten und Sprechern des Regionalismus nur zu sehr die Träger der katholischen Ideen sieht. Darum heißt es: Alles was geschieht, regionalistische Ziele der Erfüllung näher zu führen, kommt nur den „Klerikalen“ zu gut, dient nur der Verfestigung des politischen Katholizismus, der in Elsaß und Lothringen das stärkste Hindernis für das Durchdringen des freien weltlichen Geistes der französischen Republik ist. Und andererseits, wenn man die Machtstellung dieser Vertretung des katholischen Volkes untergraben hat, hat man dann auch das Bollwerk, das dem Schuß des bodenständigen Volkstums, der deutschen Sprache dient, in seinen Grundfesten erschüttert. Der Sieg des weltlichen Gedankens und der französischen Idee in Elsaß und Lothringen hängt für diese Vertreter des Franzosentums aufs engste zusammen, und ihr Geist ist der Bestimmende bei den Regierenden im Lande und in Paris. „Wir sind angegriffen, schreibt das Blatt der innerfranzösischen Lehrer im Ober-Elsaß, weil wir weltlich sind (Laiques), das genügt, um zu sagen, durch wen: die unbußfertigen Germanophilen und die Politiker der Stagnation und der Reaktion zwingen uns, das Elsaß ein zweites Mal für Frankreich und die Republik zu erobern.“

Solcher Angriffsgeist ruft natürlich den elsässischen Selbstbehauptungswillen erst recht wach, und besonders die Kreise des in der Elsässisch-Republikanischen Volkspartei organisierten katholischen Volkes sind nicht gewillt, so ohne weiteres auf dem eigenen Heimatboden denen das Feld zu räumen, denen die elsässischen Traditionen von Kirche und Volkstum ein Greuel sind. Sie sind um so mehr bereit, den Kampf aufzunehmen, der ihnen aus diesem Lager angetragen wird, als sie wohl wissen, daß die katholische Partei mit dieser ihrer Kampfesstellung die große, breite Volksmasse hinter sich hat und nicht bloß die katholische. Man weiß zu gut, daß diese Art Intoleranz, wie sie leider der Großteil der Vertreter der französischen Nation im Lande auf nationalem, kirchlichem wie allgemein geistigem Gebiet übt und pflegt, vom Elsässertum als fremd und volksfeindlich abgelehnt wird.

So sieht sich Frankreich in dem Lande, in dem es zu Anfang eigentlich leichtes Spiel zu haben schien, vor eigenartige Probleme und Schwierigkeiten gestellt. Und das doch nur, weil es in übertriebenem Nationalismus und aus Furcht vor „Bolschismus“ alles in den Bann tut, was fremden Stempel, das Gepräge deutscher Kultur trägt.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Vorarlberg.

Professor E. Zürcher in Zürich schreibt in Heft 20 (15. April 1921) der Schweiz. Juristen-Zeitung eine kleine, beachtenswerte Abhandlung über diesen Gegenstand. Er sieht im Selbstbestimmungsrecht zunächst „die Souveränität eines Staates nach innen und außen, den obersten Willen des Volkes“. Nach innen bedeutet diese Souveränität das Recht eines Volkes, sich selbst seine Verfassung zu geben, nach außen den völkerrechtlichen Grundsatz, daß keinem Staat das Recht zusteht, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen einzumischen. Die weitere Folgerung dieses Selbstbestimmungsrechtes ist „die Möglichkeit des Verzichtes auf die Souveränität und der Anschluß an einen andern Staat, unter Auflösung des bisherigen eigenen Staatswesens.“ Aber nicht nur jedes zum souveränen Staatswesen organisierte Volk besitzt das Selbstbestimmungsrecht; auch der Bevölkerung eines Teiles eines Staatsgebietes, die keine vollständige staatliche Organisation hat, kommt ein beschränktes Selbstbestimmungsrecht zu für den Fall, daß das von ihr bewohnte Gebiet an einen andern Staat abgetreten werden soll. In einem Staatenbund oder Bundesstaat erlangt das einzelne Glied seine Vollsoveränität und damit sein volles Selbstbestimmungsrecht in dem Augenblick wieder, in dem der Staatenbund oder Bundesstaat, durch äußere Gewalt oder übereinstimmenden Willensakt zerfällt, sich in seine Bestandteile auflöst.

Diesen letztern Fall sah Zürcher für den Vorarlberg als im Jahre 1918 vorliegend an. Der Vorarlberg hätte nach dem Zerfall des österreichischen Reichsverbandes „kraft seines Selbstbestimmungsrechtes über seine Zukunft befragt werden sollen. Der Machtspruch von St. Germain schritt darüber hinweg und bestimmte die Grenzen der deutsch-österreichischen Bundesrepublik mit Einbeziehung von Vorarlberg gegen den Willen seines Volkes. . . . Wird nun auch dieser Bundesstaat zertrümmert, so ist der Vorarlberg wieder in den rechtlichen und tatsächlichen Besitz seines Selbstbestimmungsrechtes getreten. . . . Hoffen wir, daß alsdann keine Machtsprüche mehr sich der Geltendmachung dieses Selbstbestimmungsrechtes widersetzen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein Bestandteil des modernen Völkerrechts. . . . Gerade dieses Selbstbestimmungsrecht des Volkes ist eine notwendige Folgerung aus dem demokratischen Selbstbewußtsein. Daher haben wir Schweizer vor allem nicht nur die Veranlassung, sondern geradezu die sittliche Pflicht, überall für dasselbe einzutreten, wo es angerufen wird und in Gefahr steht, vergewaltigt zu werden. Auch da, wo es von unsern Freunden und nicht zu unserm Schaden in Anspruch genommen wird.“

Man wird diesen Ausführungen Zürchers nur voll und ganz beipflichten können. Was allerdings die allfällige Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des Vorarlbergs zugunsten eines Anschlusses an die Schweiz anbetrifft, so ist dieselbe etwas von dem politischen Akt der Aufnahme des Vorarlbergs in unsern Staatsverband gänzlich Verschiedenes. Dieser politische Akt ist nur unsere eigene politische Angelegenheit, und wir dürfen uns dabei nur von unsern eigenen politischen Interessen und Gesichtspunkten leiten lassen. Damit soll nicht gesagt sein, daß diese Interessen und Gesichtspunkte ohne weiteres für die Ablehnung der Vereinigung sprechen, sondern bloß, daß unsere Interessen und Gesichtspunkte die Ebene bilden müssen, auf der wir als politisch denkendes und handelndes Staatswesen einzig die Frage diskutieren können. Grundsätzlich für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, und so auch der Vorarlberger, eintreten, und die politischen Vor- und Nachteile abwägen, die uns aus der allfällig von den Vorarlbergern gewünschten Aufnahme in unsern Staatsverband entstehen, sind zweierlei. Das dürfen wir bei aller inneren Teilnahme an den Bestrebungen der Vorarlberger nicht vergessen.